Einzelpreis 40 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonnabend, 31. Dezember 1921

Nummer 611 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen amtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 36.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Eisenbahnerverhandlungen werden fortgesetzt

Beratungen des Reichskabinetts — Die Lage im Reiche — Die interalliierte Kommission wünscht Verhandlungen

Der Streik der Eisenbahner hat auch als Teilstreik bereits einen so großen Umfang angenommen, daß seine Wirkungen sich im ganzen Westen Deutschlands zeigen. Allmählich gerät der Zugverkehr infolge des Streiks in den rheinischen Gebieten weit nach Süden und Osten hin ins Stocken. Lenkt die Regierung nicht sehr schnell ein und werden die Verhandlungen nicht sehr bald zu einem Ergebnis geführt, dann ist zu erwarten, daß der Eisenbahnverkehr in einem großen Teile des Reiches in kurzer Zeit völlig still liegt. Was das bedeutet, wird die Regierung wissen. Die Eisenbahner haben es ihr in den letzten Wochen häufig genug vorausgesagt, und durch ihr Verhalten, durch ihre ständigen Versuche um das Zustandekommen von vernünftigen Verhandlungen haben die Organisationen bewiesen, daß sie sich der Bedeutung und der Folgen eines Eisenbahnerstreiks vollkommen bewußt waren. Erst als die Lage auf das äußerste zugespitzt war, haben sich die Eisenbahner des Westens zum Streik entschlossen.

Die Verhandlungen sind nun im Gange. Die reaktionäre Presse, ja fast die gesamte bürgerliche Presse, benutzt die Gelegenheit, um die Regierung scharf zu machen. Es ist den reaktionären Kreisen nicht nur darum zu tun, daß die Regierung den Eisenbahnerforderungen gegenüber hart bleibt und daß die Eisenbahner eine Niederlage davontragen mögen, **sondern sie haben auch an den außenpolitischen Komplikationen eine stille Freude**, die aus einer längeren Dauer des Eisenbahnerstreiks entstehen würden, wie aus den an anderer Stelle des Blattes abgedruckten Meldungen hervorgeht. Auch aus diesem Grunde durfte die Regierung die Eisenbahner nicht in den Streik drängen.

In den Verhandlungen des gestrigen Tages stand zunächst der Antrag des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf Zahlung eines Vorschusses von 1000 M. bezw. 750 M. zur Debatte. Die Beratungen darüber wurden zunächst nicht zu Ende geführt. Dafür wurde vereinbart, daß die Ortsklassenverzeichnisse abermals einer Neuregelung unterzogen werden sollen und zwar mit Rückwirkung vom 1. Oktober ab. Ferner sollen, gleichfalls rückwirkend vom 1. Oktober ab, die Ueberteuerungszuschläge, besonders für die unteren Beamtenklassen, verbessert werden. Und außerdem sollen im Januar neue Gehaltsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnern beginnen. In die Vereinbarung soll auch die Festsetzung eines bestimmten Termins aufgenommen werden, bis zu dem eine endgültige rechtliche Regelung der Stellung der Betriebsräte bei der Eisenbahn erfolgen soll.

Ein abschließendes Ergebnis zeitigte die Konferenz gestern nicht. Aber die neuen Vorschläge dürften doch eine günstige Grundlage für die Fortführung der Verhandlungen darbieten. In später Nachtstunde wurden die Verhandlungen vertagt. Heute vormittag lagen die neuen Vorschläge dem Reichskabinett vor, und unmittelbar im Anschluß an die Beratungen des Kabinetts werden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Organisationen fortgesetzt.

Zu alledem ist zunächst nur und immer wieder die Frage zu stellen, warum diese Verhandlungen nicht zwei Wochen früher stattfinden konnten?

Die vorläufigen Vereinbarungen

Die vorläufigen Vereinbarungen, die das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen und damit zugleich die Grundlage für ihre Fortsetzung bilden, haben folgenden Wortlaut:

1. den Arbeitern an denjenigen Orten, die zur Zeit im Arbeiterlohntarif in einer niedrigeren Ortsklasse sich befinden, als im Ortsklassenverzeichnis für die Beamten, einen Unterschiedsbetrag alsbald mit Rückwirkung ab 1. Oktober auszuzahlen;
2. in denjenigen Orten, an denen seither schon Ueberteuerungszuschüsse gezahlt worden sind, diese sofort einer Nachprüfung zu unterziehen und die Erhöhungsbeträge gleichfalls sofort an die Arbeiterschaft zur Auszahlung zu bringen;
3. die endgültige Ortsklasseneinteilung für die Arbeiter und die endgültige Neufestsetzung der Ueberteuerungszuschüsse unter Einbeziehung weiterer Orte, an denen seither Ueberteuerungszuschüsse nicht gewährt worden sind, mit Beschleunigung in die Hand zu nehmen;
4. eine Verpflichtung regierungsseitig dahin zu übernehmen, daß die Neuregelung der Bezüge des gesamten Personals, die für den Monat Januar in Aussicht zu nehmen ist, gleichfalls beschleunigt wird. Dagegen werden
5. die Organisationen sich verpflichten, die im Streik befindlichen Leute wieder in die Betriebe zurückzuführen.

Von der Verwaltung wurde vor allem der erste Punkt heftig bekämpft.

Der Streik in Berlin

Im Laufe der Nacht und des heutigen Vormittags hat der Umfang des Streiks im Groß-Berliner Direktionsbezirk erheblich zugenommen. Auch von der Eisenbahndirektion Berlin wird die **größere Ausdehnung des Ausstandes zugegeben.** Der Fernverkehr konnte im allgemeinen regelmäßig abgewickelt werden, **der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr hatte jedoch erhebliche Einschränkungen zu erdulden.** Der vom Stettiner- und Görlitzer Bahnhof ausgehende Vorortverkehr ruht vollständig, ebenso der Vorortverkehr zwischen Charlottenburg und Spandau. Der Güterverkehr ruht fast gänzlich. Der Streik im Westen macht sich rückwirkend sogar in Berlin stark fühlbar. Milch und andere Ernährungszüge werden einstweilen gefahren.

Auf allen Berliner Stadt- und Ringbahnhöfen wird dem Publikum durch Plakate bekannt gegeben, daß der Verkehr nicht nach dem Fahrplan, sondern vollkommen unregelmäßig nach dem Umfang der vorhandenen Kräfte durchgeführt wird. Bei der Arbeiterschaft herrscht unverkennbar **der Wille, die Arbeitsniederlegung in kürzester Zeit restlos durchzuführen.**

Die interalliierte Rheinlandskommission bahnt Verhandlungen an

Coblenz, 30. Dezember.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsverein Coblenz, versendet an die benachbarten Ortsvereine folgendes Telegramm:

Hohe interalliierte Rheinlandskommission hat Feldeisenbahnkommission Generalvollmacht erteilt, mit bevollmächtigten Vertretern der deutschen Eisenbahner und Regierung sowie Bevollmächtigten des Hauptvorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes wie auch der Bezirksleitung **Verhandlungen wegen Eisenbahnerforderungen sofort zu führen.** Bei Nichtentgegenkommen der Eisenbahner und Regierung **regeln Militärbehörden im besetzten Gebiet selbständig Löhne und Gehälter der Bediensteten.** Die Verantwortung der daraus entstehenden Folgen hat Regierung gegenüber dem deutschen Volke zu tragen.

Eisenbahner im amerikanisch besetzten Gebiet haben beschlossen, die Betriebe zu verlassen.

gez.: Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsverein Coblenz.

Paris, 30. Dezember.

Wegen des Streikes im Kölner und Elberfelder Gebiet hat, einer Havasmeldung zufolge, der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Trocqeur beim Kriegsminister beantragt, zur Sicherung der linksrheinischen Kohlentransporte (Saar- und Ruhrgebiet) die nötigen Maßnahmen zu ergreifen und **die linksrheinischen Eisenbahnen zu requirieren.**

Die Haltung der Beamten

Elberfeld, 30. Dezember.

Die Vertretungen der Eisenbahnbeamten des Wuppertales, die Ortskartelle Elberfeld, Barmen und Langerfeld des Deutschen Beamtenbundes, befaßten sich heute abend mit den Forderungen der Eisenbahner. Sie **erklärten den Streik als voll berechtigt**, verlangen von ihren Mitgliedern strengste Neutralität und **verweigern jede Zusammenarbeit mit der Technischen Nothilfe.**

Die Lage im westlichen Streikgebiet

T. U. **Köln, 31. Dezember.**

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die Zahl der Ausständigen hat zugenommen. Eine Anzahl Dienststellen hat sich dem Ausstande angeschlossen. Der Personenzugverkehr wird im großen und ganzen aufrecht erhalten; gefahren werden außerdem die internationalen D-Züge, die vom Verband gewünschten Züge, die Wiederherstellungskohlenzüge und nach Möglichkeit die Züge, die zur Verpflegung für Milch usw. nötig sind. **Ein Abflauen des Ausstandes ist noch nirgends zu bemerken.**

Im Laufe des heutigen Nachmittags hat sich die Lage auf dem Bahnhof Düsseldorf verschlechtert. Obwohl die Eisenbahnarbeiter, dem Befehl der Besatzungsbehörde folgend, zur Arbeit erschienen waren, **hörte der Zugverkehr doch langsam auf**, weil in den Nachbarstädten gestreikt wird. Der Verkehr nach Essen über Kettwig ist vollständig gesperrt. In Düsseldorf, Köln und den linksrheinischen Stationen laufen nur noch vereinzelt Züge ein.

Elberfeld, 30. Dezember.

Die Lage im Eisenbahnerstreik ist gegen gestern unverändert geblieben. Nur noch von und nach Köln verkehren einige Personenzüge, aber in ganz unbestimmten Zeitabständen. Der Postverkehr wird durch Automobile teilweise aufrechterhalten. Heute morgen sind vier Hundertschaften Schutzpolizei aus der Umgegend eingetroffen. In den Betriebswerkstätten Elberfeld-Steinbeck ist Technische Nothilfe aufgeboten worden.

Wiederaufbau der Wirtschaft Europas

Bildung eines großen Konsortiums

EE. Paris, 31. Dezember.

Die englischen, französischen und italienischen Sachverständigen sind gestern nachmittag wiederum um 5 Uhr auf dem Quai d'Orsay zusammengetreten und haben bis 7 Uhr abends über das große Projekt beraten, wie das Wirtschaftsleben Europas wieder in Gang zu bringen ist. Man erfährt über dieses Projekt, daß dessen Verfasser zunächst ausführten, die Verlegenheiten, in denen sich der europäische Handel gegenwärtig befindet, rührten von dem Ruin des internationalen Kredites her, dessen Mechanismus, der durch den Krieg zerstört worden war, noch nicht wiederhergestellt werden konnte. **Die neuen politischen Grenzen, die der Versailler Vertrag vorsieht, die Auflösung der Eisenbahnlinien und Wasserstraßen haben die Katastrophe noch vergrößert.** Die Hauptaufgabe des neuen Finanzkonsortiums, das geschaffen werden soll, wird zunächst darin bestehen, die Eisenbahnlinien, Wasserstraßen und Häfen, die nicht mehr in Betrieb sind, zu übernehmen und ihre frühere Tätigkeit wiederherzustellen. Auch alle anderen notwendigen industriellen und kommerziellen Aufgaben sollen von diesem Konsortium gelöst werden. **Das Kapital des Konsortiums ist auf 20 Millionen Pfund Sterling festgesetzt.**

Die Aktien sollen zu gleichen Teilen England, Frankreich, Italien, Amerika und Deutschland übergeben werden. Eine schwächere Beteiligung ist für Belgien und Holland vorgesehen. Ursprünglich sollte sich der Sitz dieser neuen Gesellschaft in England befinden, weil dieses den valutarischen Schwierigkeiten der anderen Länder nicht ausgesetzt ist, doch hat man diesen Gedanken aufgegeben. Nicht die Regierungen selbst sollen die notwendigen Kapitalien liefern, sondern Banken und Privatbankiers. Für Deutschland ist jedoch die Bedingung vorgesehen, daß die Hälfte des zu zeichnenden Kapitals dem Reichsschatz entnommen werden soll. **Ein Teil der Gewinne, die Deutschland aus diesem Unternehmen erzielen wird, soll der Reparationskommission übergeben werden.** Die deutsche Regierung hat zwar als Regierung keine Stimme im Verwaltungsrat, doch würde sich ihr Einfluß insofern geltend machen können, als sie ja die Hälfte des von Deutschland aufzubringenden Kapitals zu zeichnen hätte.

Im Verwaltungsrat selbst werden die Länder gemäß der Höhe der von ihnen gezeichneten Beträge vertreten sein. Die Rolle der Financial Corporation bestünde darin, in jedem Lande Zweiganstalten zu schaffen, wenn die Kapitalien der einzelnen Länder in Anspruch genommen werden sollten. Ursprünglich hatte man die Absicht, das Pfund Sterling zur offiziellen Finanzeinheit des Unternehmens zu machen, so daß alle Geschäfte in Pfund hätten abgeschlossen werden müssen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen, da die einzelnen Länder so zur Spekulation in Pfund Sterling gezwungen worden wären und gegen ihre eigene Valuta hätten Sturm laufen müssen.

Bezüglich der Staaten, denen Hilfe gebracht werden soll, sind gewisse Garantien, die von ihnen zu stellen sind, vorgesehen. Für **die Garantien, die Rußland anbieten würde, würde dessen offizielle Anerkennung in Aussicht genommen werden.** Die englische Abordnung in Paris gab der Ansicht Ausdruck, daß zunächst eine englisch-französische Kommission die ganzen Angelegenheiten in ihren Einzelheiten regeln solle, während die Belgier und Italiener später an der Debatte teilnehmen sollten. Dieses Programm wurde eingehalten. Man sprach namentlich über zwei Punkte: Wie man die Zeichnungen anderer Länder außer England zustande bringen könnte und wie die Kapitalien herangezogen werden könnten. Diese Probleme studierten die Engländer und Franzosen gestern noch. Heute soll ihr Bericht vorgelegt werden, und die Konferenz hofft heute mittag noch mit ihren Beratungen zu Ende zu kommen und das endgültige Projekt ausgearbeitet zu haben, das der Konferenz von Cannes vorgelegt werden soll.

Dieser Mitteilung sei noch hinzugefügt, was der „Petit Parisien" zu melden weiß. Danach würde die Vorrede des Dokuments über das eben geschilderte Projekt erklären, daß verschiedene Vorbedingungen erfüllt werden müßten. Die Länder, denen Hilfe gebracht werden solle, müßten gesetzgeberische Garantien für Sicherheit der Person und des Eigentums geben, ferner finanzielle Garantien, die sich besonders auf den Banknotenumlauf beziehen. Privatleute können natürlich solche Garantien nicht geben. Hier müssen die Regierungen intervenieren. Darüber wird die große internationale Wirtschaftskonferenz noch Näheres zu entscheiden haben. Nicht nur die Neutralen, sondern auch Deutschland und Rußland sollen an dieser Konferenz teilnehmen.

Die Weltkrise und Rußland

Von Prof. E. Lederer, Heidelberg.

Das Problem der Reparation ist früher, als man annehmen konnte, in eine Sackgasse geraten. Die Folgen der bekannten ökonomischen Tatsache, daß ein Land nur zahlen kann, wenn es Gewinne erzielt, daß es Gewinne im internationalen Maßstabe nur erzielen kann, wenn es exportiert und auf Importe nach Möglichkeit verzichtet, haben sich in einem erschreckenden Umfang in der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise gezeigt. — Man kann heute schon sagen, daß die Ueberwindung dieser Krise für die alliierten Länder das wichtigste und schwierigste Problem ihrer Wirtschaftspolitik darstellt, trotz mancher Ansätze zur Besserung der Konjunktur, welche sich immer wieder als Augentäuschung erwies. Bis jetzt ist es das Eigentümliche dieser Krise, daß sie durch die Zerrüttung der mitteleuropäischen Währungen ständig verschärft wird und daß infolge ihrer weltweiten Ausdehnung die Oeffnung neuer Märkte, ein normales Heilmittel für Krisen, kaum möglich ist. Der Charakter zahlreicher Länder, die früher Kolonien und bevorzugte Absatzmärkte waren, hat sich wesentlich geändert; sie stehen selbst als sehr leistungsfähige Industriestaaten mitten im Wettbewerb.

Der Schlüssel für die Situation liegt also darin, eine wirtschaftliche Kombination zu finden, in welcher die Erschließung neuer Märkte in organische Verbindung mit den Reparationszahlungen gebracht wird. Gelingt es, die industrielle Tätigkeit Deutschlands der Erschließung eines neuen aussichtsreichen Wirtschaftsgebietes zuzuführen und den so geschaffenen Markt und die auf diesem Markte erzielten Gewinne der Reparation dienstbar zu machen, so wird nicht nur das Schreckgespenst der deutschen Konkurrenz gebannt, sondern gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen, die Weltproduktion im großen Maßstabe wieder in Gang zu setzen.

Es mögen ungefähr diese Erwägungen gewesen sein, welche die englische Regierung geneigt machten, das Reparationsproblem neu aufzurollen. Bis in die letzten Wochen stand lediglich der Londoner Zahlungsplan zur Diskussion, der festsetzt, daß Deutschland jedes Jahr ca. 8½ Millionen Kilogramm Gold an die Reparationskommission abzuliefern habe. Daß die Lieferung dieser Goldmenge oder entsprechender Devisenbeträge die Abwicklung ungeheuerer wirtschaftlicher Transaktionen voraussetzt, blieb ganz im dunkeln. Das Wiesbadener Abkommen Loucheur—Rathenau versuchte zuerst, dieser Verpflichtung einen konkreten Inhalt zu geben, und die Verhandlungen, welche jetzt im Gange sind, können nur so verstanden werden, daß der nähere Inhalt dieser ganzen Zahlungsverpflichtungen nach Art und Umfang bestimmt wird.

Wenn man den oben angedeuteten Gedanken weiter verfolgt, so findet man, daß heute lediglich Rußland ein Wirtschaftsgebiet darstellt, welches im höchsten Maße als Absatzgebiet für Industrieprodukte in Frage kommt, die Deutschland zu liefern imstande ist. Denn Rußland kann heute vom Gesichtspunkt der kapitalistischen Produktion als eine Kolonie betrachtet werden. Es bietet Raum für, ja erfordert ungeheure Investitionen, aus denen Gewinne, das heißt also russische Exporte, welche den Markt belasten, erst in späterer Zeit erfolgen.

Wenn das internationale Kapital die Gewähr hat, daß die Anlagen in Rußland irgend einmal erhebliche Gewinne bringen werden, wird es auch bereit sein, diese zu finanzieren, d. h. also: eine Anleihe zur Deckung der Reparationsschuld wird auf dem Geldmarkt plaziert werden können, wenn die Investitionen in Rußland als Pfand für die Verzinsung und Amortisation der Anleihen dienen. Der Prozeß wäre also so vorzustellen, daß die deutsche Industrie sich in großem Umfange an der Aufschließung Rußlands beteiligt, hierfür von der deutschen Regierung bezahlt wird, während die Anlagen in Rußland und damit die Verpflichtungen der russischen Volkswirtschaft zur Verzinsung und Amortisation der Anlagen in fremde Hände gehen. Die deutsche Volkswirtschaft wäre von der Aufgabe entlastet, in Höhe der Reparationszahlung Devisen aufbringen zu müssen, hingegen wäre sie allerdings genötigt, die deutschen Lieferanten in Landeswährung, also in Mark zu bezahlen. Immerhin wäre damit das Reparationsproblem in ein solches der deutschen Steuergesetzgebung umgewandelt.

Die fremden Volkswirtschaften würden durch diesen deutschen Export nach Rußland nicht geschädigt, da heute Rußland für sie nicht in Betracht kommt, denn nur die deutsche Industrie verfügt über die entsprechenden technischen Kräfte und die nach Rußland eingespielte Handelsorganisation. Endlich käme eine Produktion der Westmächte für Rußland infolge des hohen Valutastandes der Westdevisen zunächst gar nicht in Betracht. Darüber hinaus bietet aber dieser Plan noch eine weitere wesentliche Zukunftsaussicht: die Geldgeber würden sich natürlich einen sehr guten Einblick in die neuen Unternehmungen und Anlagen verschaffen und sie wären in der Lage, so zu disponieren, daß bei Entwicklung des russischen Wirtschaftslebens, bei Stabilisierung des Rubelkurses und Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts ihnen der russische Markt zufallen müßte. Für die Gegenwart aber würde ein erstarkendes Wirtschaftsleben in Deutschland einen wertvollen Markt für die Westländer, der heute so wenig aufnahmefähig ist, bilden können.

Das russische Wirtschaftsproblem spielte — wie man auch einem eingehenden Bericht der Wochenausgabe des „Manchester Guardian" vom 8. Dezember entnehmen kann — in den Verhandlungen von Stinnes und Rathenau nicht nur mit englischen Wirtschaftskreisen, sondern auch mit englischen Regierungsstellen eine sehr erhebliche Rolle. Man kann wohl annehmen, daß sich England bei seinen Erwägungen von den hier entwickelten Gesichtspunkten leiten läßt, und es ist — um nicht mehr zu sagen — immerhin ein weltgeschichtlicher Zusammenhang, der der Tragik nicht entbehrt, daß es die Sowjetregierung ist, welche dem internationalen Kapitalismus derart nicht nur die Möglichkeit bieten könnte, die Reparationsforderungen zu realisieren, sondern auch die schwerste Krise, welche in der Wirtschaftsgeschichte bisher ihrer Ausdehnung nach ohnegleichen dasteht, zu überwinden.

Das angebliche Steuerkompromiß

In der auch von uns wiedergegebenen Meldung des „Lokal-Anzeigers", der Reichskanzler beabsichtige, über die Steuervorlagen mit den Koalitionsparteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei, zu einem Kompromiß zu gelangen, schreibt der „Vorwärts":

Die Meldung trifft schon deshalb nicht zu, weil die Steuerausschüsse schon neun Tage vor Beginn der Plenarberatungen am 10. Januar, wieder zusammentreten, also die Möglichkeit besteht, auch dort eine Verständigung herbeizuführen. Im übrigen steht die sozialdemokratische Partei unverändert auf dem Standpunkt, daß die Bewilligung von Verbrauchssteuern nicht eher zu rechtfertigen ist, als bis auch der Besitz in angemessener Weise zur Tragung der Gesamtlasten herangezogen wird.

Nach dieser sozialdemokratischen Erklärung hat auch die Regierung die Pflicht, der Oeffentlichkeit über diese Behauptungen der Rechtspresse Aufklärung zu geben.

Der Stolz des Vaterlandes

Die junge Wehrmacht

Reichswehrminister Geßler hat folgenden Neujahrserlaß an „seine" Armee und Marine herausgegeben:

„Zum Jahreswechsel spreche ich allen Angehörigen des Heeres und der Marine meine besten Wünsche und meinen Dank für alle im Dienste für das Wohl des Vaterlandes im abgelaufenen Jahre getane Arbeit und Hingabe aus.

Meine vor einem Jahre ausgesprochenen Wünsche haben sich voll erfüllt. Mit Stolz kann das Vaterland auf die junge Wehrmacht blicken, mit besonderem Dank und hohem Vertrauen angesichts unserer sonst so schweren und traurigen Lage. Wir wollen auch im neuen Jahre unseren Weg in treuester Pflichterfüllung weitergehen."

Herr Geßler hat doch noch Sinn für Humor! Oder sollte er diesen Witz vom Stolz des Vaterlandes unfreiwillig gemacht haben und sich dessen gar nicht bewußt sein?

Die Zeitungsdruckpapierpreise

W. T. B. teilt mit: Die wiederholten Verhandlungen über die am 1. Januar 1922 gültigen Preise für Zeitungsdruckpapier, die in letzter Zeit mit Vertretern der Industrie und der Zeitungsverleger im Reichswirtschaftsministerium geführt wurden, sind leider noch nicht zum Abschluß gelangt, weil die Zellstoffindustrie eine endgültige, befriedigende Erklärung über den Preis für Zellstoff noch nicht abgegeben hat. Wenn bei Zellstoff eine über das vertretbare Maß hinausgehende Preissteigerung ab 1. Januar eintreten sollte, wird durch geeignete Maßnahmen auf eine Herabsetzung der Preise hingewirkt werden. Vorerst ist bereits die Ausfuhr von Zellstoff mit Ausnahme seit abgeschlossener laufender Verträge gesperrt worden, um die dem Inland zur Verfügung stehende Menge des Angebots an Zellstoff zu erhöhen. Die Zellstoffindustrie begründete den zunächst geforderten stark erhöhten Preis damit, daß außer den allgemeinen Gestehungskosten besonders die Papierholzpreise eine wesentliche Steigerung erfahren haben. Es wird indes auch unter Berücksichtigung dieses Vorbringens der jetzt geforderte Preis für Zellstoff wohl nicht als im vollen Umfang berechtigt anerkannt werden können. Im übrigen ist auch bereits mit den Vertretungen der Waldungen besitzenden Länder wegen der Papierholzpreise Fühlung genommen worden.

Der Druck der Mächte

Oesterreich ratifiziert das Protokoll von Venedig

Wien, 30. Dezember.

Bundespräsident Hainisch hat das Venediger Protokoll ratifiziert.

Wie das Wiener Tel.-Korr.-Bureau hierzu von zuständiger Stelle erfährt, sprachen die Mächte wiederholt die bestimmte Erwartung aus, daß die formale Erledigung des Venediger Protokolls nicht länger hinausgeschoben werde, da sonst die Haltung Oesterreichs Zweifel an der Zuverlässigkeit der österreichischen Politik erwecken müßte. Dazu trat notwendigerweise die Rücksicht auf die Großmacht, die seinerzeit die Initiative zur Herbeiführung einer Vermittlung ergriffen hatte. Bestimmend war auch der Beschluß der Botschafterkonferenz vom 23. Dezember, welcher die Oedenburger Abstimmung anerkannte und die Uebergabe des Gebiets an Ungarn anordnete. In den Augen der österreichischen Regierung stellt die Ratifizierung des Protokolls nicht eine Anerkennung der Volksabstimmung dar, die nach den wiederholten Erklärungen Oesterreichs nicht den Grundsätzen der Freiheit und Unparteilichkeit entspricht, die der Geist des Protokolls offenkundig erfordert hätte.

Die Zukunft des Memelgebiets

Memel, 30. Dezember.

Im Staatsrat des Memelgebiets teilte Oberkommissar Petisne mit, die Botschafterkonferenz habe dem Memelgebiet am 20. Dezember die Genehmigung zum Abschluß von Wirtschaftsabkommen mit Deutschland, Litauen und Polen erteilt. Petisne erklärte weiter, daß die Botschafterkonferenz seine Frage, ob Vertreter des Memelgebiets gehört werden sollten, bevor eine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Memelgebiets gefällt werde, bejahend beantwortet habe.

Kleine Nachrichten

Berichtigung. In unserem Artikel „Was wird aus den Sachwerten?" in der heutigen Morgenausgabe sind in der ersten Spalte der zweiten Seite des Hauptblattes (Absatz 2) einige Zeilen durcheinandergeraten. Wir bitten unsere Leser, darauf zu achten und die Zeilenfolge bei aufmerksamem Lesen zu ordnen.

Obstruktion im Tiroler Landtag. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Tiroler Landtages sind als Protest gegen die Höhe des Getreideaufschlages in Obstruktion getreten. Der Landtag ist seit Donnerstag nachmittag 4 Uhr zusammen und tagt im gegenwärtigen Augenblick ununterbrochen weiter. Die sozialdemokratischen Abgeordneten halten Dauerreden.

Wieder ein Opfer der Hilfsexpedition für Rußland. Der englische Doktor Ferrar, ein Mitarbeiter Nansens bei dem Hilfswerk für die Hungerleidenden Rußlands, ist in Moskau an Typhus gestorben.

Das Silvesterstück der Volksbühne

Wenn nicht alles trügt, hat die „Volksbühne", wie seinerzeit mit dem „Bauer als Millionär" für die Sommersaison, jetzt mit dem „Gestiefelten Kater" von Ludwig Tieck im Wettbewerb um die Silvesterstimmung den Vogel abgeschossen. Und dies einfach auf Grund zweier, allerdings nicht nebensächlicher Tatsachen: daß der Volksbühne wieder ein Fund in unserer dramatischen Vergangenheit gelungen ist (das Stück wurde seit 77 Jahren nicht aufgeführt) und daß es in Jürgen Fehling einen der besten Lustspielregisseure der deutschen Bühne besitzt. Als ich noch vor zehn Jahren jede Nacht für verloren hielt, in der ich nicht im Café des Westens den Stadtbahnmorgengug pfeifen hörte, wurde an jenen Tischen, wo man in Debatten um Reinhardt, Rolde und Heinrich Mann den Nabel der Welt zu finden glaubte, auch Tiecks „Gestiefelter Kater" als Tipp für eine literarische Bühne ausgegeben. Warum Reinhardt nicht zugriff, verstand ich nie. Und jetzt, nach der über alle Erwartung reizenden Aufführung der „Volksbühne", noch um die Hälfte weniger. Denn dieses alte romantische Lustspiel ist wirklich der geistreichste und bühnenwirksamste Kneipulk unserer ganzen Literatur. Damit ist sein Wert nach vorn und hinten abgesteckt. Es ist ein eminent geistreicher, ja sogar spannender und bühnenwirksamer Spaß — aber nicht mehr. Denn Tieck verulkt nicht die großen Schwächen der Menschheit, aus denen der wahre Humor sich ergibt, sondern nur die Moden der Literatur und die Beschränktheit eines bestimmten Theaterpublikums. Sein Stück ist ein dramatisiertes Pamphlet gegen jene Richtungen der Literatur des 18. Jahrhunderts gegen die sich die deutsche Romantik erhob: der verflachenden Literatur der Aufklärung, der die französische Gläubigkeit und Begeisterung fehlte, wurden die wärmeren Gefühlskräfte des deutschen Menschen entgegengestellt. Daß diese Art Romantik politisch teils indifferent, teils reaktionär war, hing mit der Zeit zusammen. Jedenfalls waren die starken dichterischen Kräfte nicht in der sogenannten romantischen Schule zu finden, deren Haupt der Shakespeare-Uebersetzer Tieck war, sondern in den großen Außenseitern, wie Hölderlin, fand sich die Vereinigung von tiefstem sehnsüchtigen Freiheitsgeist mit religiöser Beseligung.

Tieck schrieb den „Gestiefelten Kater" gegen die Rührstücke seiner Zeit, gegen das Berliner Publikum, das keinen höheren poetischen Gedanken begriff, wenn er nicht der ödesten Vernunft faßbar war. Und nun leistet er sich folgenden Spaß: Er schreibt ein Stück, „Der gestiefelte Kater", eine humoristische Dramatisierung des bekannten Märchens, in dem ein Kater einen armen Bauernjungen mit einer Königstochter verheiratet. Und dieses Stück läßt Tieck vor einem Publikum von stumpfen und glaubenslosen Wirklichkeitsmenschen aufführen, die sich dauernd über die Unnatürlichkeit der Handlung empören, das Stück unterbrechen und schließlich den Dichter mit Aepfeln bewerfen. Auf der Bühne wird also ununterbrochen Theater vor einem auf der Bühne befindlichen Theaterpublikum gespielt, das zum Stücke von Tieck gehört. In die Szene des „Gestiefelten Katers" rufen glänzend karrikierte Typen ihre Zwischenbemerkungen, der Dichter muß vortreten, um sich zu entschuldigen, er muß schnell ein Ballett oder eine Rührszene einlegen oder eine beliebte Zauberpossenkulisse herunterlassen, nur damit sein Publikum sich beruhigt und das Märchen vom „Gestiefelten Kater" zu Ende gespielt werden kann. Das ist alles sehr witzig, und für die Literarhistoriker ist es ein Fressen, festzustellen, auf welche verschiedene Zeitgrößen sich diese oder jene Anspielung des Stückes bezieht. Uns ist das natürlich ganz gleichgültig. Aber gerade darin besteht der Wert des Stückes und die Entdeckertat der Volksbühne, daß sich dieser rein literarisch gedachte Scherz als bühnenwirksames Stück enthüllt, das durch unverbrauchte Humore und über die Zeit hinaus wahre Einfälle auch ein naives Publikum im Banne hält. Man muß sehr gelehrt sein, um das Stück zu verstehen. Man kann aber ganz ungebildet sein, um es zu genießen.

Die Aufführung der Volksbühne war einfach vollendet. Fehling entpuppt sich als wahrer Meister in der Karikierung überlebter Stile. Das Reizendste war, wie das Stück der „Gestiefelte Kater" für das auf der Bühne befindliche mitspielende Tieckche Publikum eine stilgerechte Märchenaufführung war, während es auf die Zuhörer der Volksbühne wie ein Puppenspiel wirkte. Die Prinzessin, die in Ohnmacht fiel, die Bauernjungen, die so stumpf und blond und hölzern dastanden, wie im Märchen, der Königswagen, der von zwei Papierschimmeln, die sich hoch aufbäumten, gezogen wurde, waren vielleicht die hübschesten Einfälle an einem Abend ohne leere Stellen. Mitwirkende zu nennen, hat keinen Sinn. Sie waren Objekte einer technisch souveränen Regie, ohne Spuren der Dressur zu zeigen. Ein bißchen enttäuschte mich vielleicht der Kater von Lucie Mannheim. Sie hatte eine reizende Art, halbschief über die Bühne zu springen, aber ihr Katerfell war etwas ungeschickt geraten. Auch hätten einige der typischen Katzenbewegungen: das Buckeln und Dehnen, das listige Beobachten und tiefe Anschauen, das Zuschlagen mit den Vorderpfoten ihr Spiel noch hübscher gemacht: — aber vielleicht glaube ich das nur, weil ich durch meine Katzen Lump und den braunen, langhaarigen Löwen Peter besonders verwöhnt bin.

Dem Märchen von Tieck ging ein Fastnachtsspiel von Hans Sachs voraus: „Der fahrende Schüler bannt den Teufel". Hans Sachs gilt in der Literaturgeschichte als Dichter. Ich gestehe, daß ich bei ihm nie etwas anderes, als vollständig musenfremdes Handwerkertum gefunden habe, ohne eine Spur von Kunst. Da ihn niemand liest und niemand lesen wird, hat er also alle Aussichten, weiter als Dichter durch die deutsche Literatur geschleppt zu werden. Auch dieses Fastnachtsspiel ist ein kleiner Ulk, wie es deren Zehntausende im Mittelalter, besonders in der italienischen Literatur, gab. Nur verhält sich so ein Stück von Hans Sachs zu den italienischen Vorbildern wie ein elender Ziegelstein zu einer florentinischen Kirchenwand. Gespielt wurde auch dieser Scherz sehr hübsch, und wieder machte die Kunst Fehlings, der diesmal im Stil der alten fliegenden Holzschnittblätter spielen ließ, wenigstens die Aufführung zu einem Vergnügen.

Felix Stössinger

Silvester

Der letzte Tag des Jahres heißt nach dem Papst Sylvester, der am 31. Dezember des Jahres 335 starb. Er soll, wie die Sage berichtet, den römischen Kaiser Konstantin zum Christentum bekehrt und dafür von ihm das sogenannte Patrimonium Petri, den Grundstein des späteren Kirchenstaats, erhalten haben.

Wenn dann um 12 Uhr das neue Jahr mehr oder minder froh begrüßt wird, wissen nur die wenigsten, daß sie damit einem uralten Brauch nachkommen, den schon die Römer in ihren dem Gott Saturn geweihten Festen zu üben pflegten. Den Christen der ältesten Zeit war die Feier des ersten Tages im Jahre noch durchaus unbekannt; sie fürchteten, durch eine solche Feier in befleckende Gemeinschaft mit den Heiden zu kommen. Vielmehr wurde von der Kirche als ihr Neujahrstag bis ins 16. Jahrhundert hinein der 25. Dezember gefeiert, um damit gleichsam die Geburt des Jesus von Nazareth als Beginn der Zeitrechnung zu symbolisieren. Mit demselben Tage fingen auch die alten Germanen ihr Jahr an: die Wintersonnenwendnacht war es, die ihnen das neue Jahr brachte.

Wir haben uns daran gewöhnt, den ersten Januar als ersten Tag des Jahres zu begehen. Und jeder Jahreswechsel ruft immer wieder Erinnerungen in uns wach an Dinge, die das vergangene Jahr uns brachte, während sich gleichzeitig leise Hoffnungen auf eine Besserung im neuen Jahre regen.

Die schwere Not der Zeit lastet drückend auf uns; zwar liegt der Krieg, der Millionen von Menschen das Leben raubte, hinter uns; zwar erhebt nicht mehr draußen im Feld der Bruder gegen den Bruder das Gewehr. Aber noch starrt die Welt in Waffen. Noch ist Vernunft und Besinnung nicht in die Menschen gedrungen. Noch ist für die Verdammten dieser Erde die Welt eine Marter.

Beim Entschwinden des alten Jahres schwebt uns daher die bange Frage auf den Lippen: Wird das neue Jahr gut machen, was das alte sündigte? Oder wird die Not der schweren Zeit auch im neuen Jahr ihren unzähligen Opfern neue hinzufügen?

Allein die Hoffnung ist es, die edle Treiberin und Trösterin, wie Goethe sie nennt, die uns aufrecht erhält. Die Hoffnung auf eine

Das Reparationsprogramm für 1922

Die Vorschläge für Cannes

Ueber das Ergebnis der Londoner Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George waren seinerzeit nur dürftige Meldungen in die Oeffentlichkeit gedrungen. Genauere Angaben über die Verabredungen, die in London bezüglich der deutschen Reparationszahlungen getroffen wurden, brachte der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung". Dieselben Angaben über die englisch-französische Verständigung liegen nunmehr im „Temps" vor. Danach darf man annehmen, daß sie im wesentlichen der Wirklichkeit entsprechen. Das Reparationsprogramm für 1922 würde demzufolge vorsehen:

Die Barzahlungen Deutschlands im gesamten Jahre 1922 (also einschließlich der Januar-Fälligkeiten) sollen 500 Millionen Goldmark betragen, die in Raten vom 15. Januar bis 15. April zu begleichen sind. In diese Summe sollen die Goldzahlungen für Okkupationskosten eingeschlossen sein. Alle übrigen Zahlungen Deutschlands sollen in Sachleistungen bestehen: in den im Friedensvertrag vorgesehenen Lieferungen (z. B. Kohle und Farbstoffe) und in den Sachleistungen des Wiesbadener Vertrages. Die Zahlung des Gegenwertes von 26 Prozent der deutschen Ausfuhr, die auch bisher durch Sachleistungen beglichen wurde, soll auch künftig nur durch solche geschehen, so daß keine Devisenbeschaffung dafür in Betracht kommt. Das sind die Grundlinien; über die Einzelheiten wird später zu reden sein. Es ist im Augenblick noch nicht möglich, klar zu sagen, bis zu welcher Höhe die Sachleistungen auf die Reparationsschuld angerechnet werden; aber als Prinzip gilt: die Alliierten setzen die Wertberechnung für die deutschen Lieferungen (d. h. für die Kohle) zu unseren Gunsten hinauf.

Im einzelnen ist noch hinzuzufügen:

Frankreich verpflichtet sich, von Deutschland im Jahre 1922 Lieferungen im Werte von eineinviertel Milliarden Goldmark und in den Jahren 1923 und 1924 für je eineinhalb Milliarden Goldmark zu übernehmen.

Die Kosten der Rheinbesatzung dürfen, von den amerikanischen Truppen abgesehen, jährlich nur noch die Summe von 200 Millionen Goldmark erreichen.

Von den zur Verfügung stehenden 1,5 Milliarden Goldmark, nämlich der Milliarde vom letzten Sommer und den bis zum 15. April fälligen 500 Mill. Goldmark, wird England 500, statt der im Abkommen vom 13. August vorgesehenen 450 Millionen Goldmark erhalten, während Italien die bei ihm deponierten 125 Millionen Lire behalten wird.

Zu diesen Plänen ist zu bemerken, daß sie als englisch-französische Vorschläge der Beschlußfassung durch den Obersten Rat unterliegen, der am 6. Januar in Cannes zusammentritt. Der „Temps" kritisiert diese Vorschläge stark und sieht das Ansehen der Reparationskommission dadurch schwer vermindert. Bei der überragenden Stellung, die England und Frankreich im Obersten Rat einnehmen, ist aber anzunehmen, daß die Beschlüsse des Obersten Rates sich auf der Linie dieser Vorschläge bewegen.

Frankreich in Washington

Allgemeine Bestürzung in Amerika

London, 31. Dezember.

„Morning Post" berichtet aus Washington, infolge der Haltung Frankreichs wachse in den Vereinigten Staaten der Widerstand gegen die Ratifizierung des Viermächteabkommens. Zahlreiche Amerikaner bezweifelten die Zweckmäßigkeit der Uebereinkommen, an denen Frankreich beteiligt sei. Frankreich habe nach Ansicht dieser Amerikaner nicht nur seine Stellung in den Vereinigten Staaten geschädigt, sondern auch die internationale Solidarität geschwächt.

Laut „Daily Telegraph" wird Frankreich von manchen kompetenten Beobachtern in Washington als schwere Bedrohung des Friedens angesehen.

Dem Sonderberichterstatter der „Times" zufolge wird die Haltung Frankreichs in Amerika mit Bestürzung und sogar mit Zorn aufgenommen. Das Blatt schreibt in einem Leitartikel, die Möglichkeit, daß Frankreich die Verantwortung für einen Teil des Mißerfolges der Washingtoner Konferenz zugeschrieben werde, sei von sehr ernster Bedeutung bei der augenblicklichen Lage Europas. Sowohl Großbritannien als auch Frankreich würden ungeheuer viel gewonnen haben, wenn sie in der Lage gewesen wären, in Washington eine Einheitsfront zu zeigen. **Das Schauspiel der Uneinigkeit zwischen den beiden europäischen Alliierten habe die gesamte amerikanische öffentliche Meinung erschüttert.** Es sei jedoch nicht zu spät, um den bereits angerichteten Schaden wieder gutzumachen, und, von diesem Standpunkt aus gesehen, sei die bevorstehende Zusammenkunft des Obersten Rates in Cannes von größter Bedeutung. **In Cannes werde sich noch einmal eine Gelegenheit bieten, durch eine weise und edelmütige Politik eine Kluft zu überbrücken, die eine ernste Gefahr für den Frieden der Welt darstelle.**

Die deutschen Kohlenlieferungen

Paris, 30. Dezember.

Der Vertreter der Deutschen Kriegslastenkommission hat mit Bezug auf die deutschen Kokslieferungen am 28. Dezember ein Schreiben an die Reparationskommission gerichtet, in dem er von den von der deutschen Regierung getroffenen Anordnungen zur Vermehrung der Lieferungen Mitteilung gemacht hat. In dem Schreiben wird betont, daß die Kokslieferungen an die Alliierten am 25., 26. und 27. Dezember insgesamt je rund 15 000 Tonnen betragen haben.

Hierauf hat die Reparationskommission in einem Schreiben an die Kriegslastenkommission geantwortet, daß sie darauf rechne, die deutsche Regierung werde fortfahren, die Kokslieferungen in den vorgeschriebenen Mengen sicherzustellen, sowie die Auffüllung der Rückstände für den Monat Dezember zu ermöglichen. Sie hoffe, daß sie nicht in die Lage kommen werde, eine Verfehlung Deutschlands den alliierten Regierungen anzeigen zu müssen.

Einberufung der Heereskammer. Die Heereskammer ist für den 24. Januar, 11 Uhr vormittags, in das Reichswehrministerium einberufen und wird am 24., 25. und 26. Januar tagen. Die Heereskammer ist lediglich ein Feigenblatt, das die reaktionären Bestrebungen der Offiziere zu verdecken hat. Irgendeine Bedeutung für die innere Ausgestaltung der Wehrmacht kommt ihr nicht zu.

Verminderung der französischen Bevölkerung. Das Pariser „Journal Offiziel" meldet, daß nach dem Ergebnis der Volkszählung vom 6. März dieses Jahres die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung 39 209 766 Einwohner betrug. Im Jahre 1911 lautete die Ziffer 39 604 922. Da indessen in der diesjährigen Ziffer die Einwohner von Elsaß-Lothringen mit 1 709 749 mitenthalten sind, ergibt sich, daß die Bevölkerung der 87 vor dem Kriege bestehenden französischen Departements sich um 2 104 975 vermindert hat.

Zaglul Pascha nach Ceylon verbannt. Aus Kairo wird gemeldet, daß Zaglul Pascha, der Führer der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung, und fünf andere Nationalisten sich auf dem Wege nach Ceylon befinden.

Zum Eisenbahnerstreik

Bei Schluß des Blattes teilt der Hauptvorstand des D. E. V. mit: Es wird die Nachricht verbreitet, daß die Streikleitung im Westen mit der Interalliierten Kommission eine selbständige Regelung vornehmen würde. Das trifft nicht zu. Die Interalliierte Kommission hat bei unseren Vertretern dort angefragt, ob sie bereit sind, in eine selbständige Regelung mit ihnen einzutreten. Das ist von unseren Vertretern rundweg abgelehnt worden.

Daß die Interalliierte Kommission ein Streikverbot erlassen habe, ist gleichfalls nicht richtig. Die Amerikaner und Engländer haben ihre Unterstützung zugesagt. — Die Nachricht, daß in Coblenz ein Funktionär verhaftet wurde, ist nur insofern richtig, **als seine Verhaftung aus persönlichen Gründen erfolgte, nicht aber wegen des Streiks.**

Dämon Alkohol

Wie die Regierung im Jahre 1921 den Alkoholismus bekämpft hat.

Die Reichspost und die Reichseisenbahnen stellen ihre Einrichtungen in großzügiger Weise in den Dienst der Alkoholreklame.

Das Verlangen von 103 Reichstagsabgeordneten, die Belieferung der Brauereien mit Gerste einzustellen, bis die unmittelbare Volksernährung durch Gerste ausreichend gesichert sei, wird von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft am 2. Februar abgelehnt.

Die Regierungsvorlage, die die Verwendung von Maisgrieß und Reisabfallgrieß zur Bierbereitung zuläßt, wird vom Reichstag am 3. Februar angenommen.

Am 23. April ordnet der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an, daß vom 1. Juni ab Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von über 8 Prozent bis zur Höchstmenge von 25 Prozent des Jahresumsatzes an Bier gebraut werden dürfe.

Vom 16. Juli ab ist der Gersteeinkauf im Inland wieder frei und die Gersteeinfuhr aus dem Ausland ohne die bisher vorgeschriebene Bewilligung zulässig.

Am 23. Juli erklärt sich der Reichsschatzminister damit einverstanden, daß an Wirtschaftsvereinigungen der Beamten, Angestellten, Handwerker und Arbeiter der Schnaps der Reichsmonopolverwaltung abgegeben werden darf.

Am 16. August macht die Düsseldorfer Oberpostdirektion durch Aushang bekannt daß Monopolschnaps in einer Menge bis zu je drei Litern den Postbeamten zur Verwendung im eigenen Haushalt zu einem billigeren Preise überlassen wird.

Am 26. August wird die Malzkontingentierung der Brauereien endgültig aufgehoben.

Mit Ablauf des 31. August tritt auf Anordnung des Reichsministers des Innern die Bundesratsverordnung über die Verkürzung der Polizeistunde außer Kraft. Der preußische Minister des Innern setzt die Polizeistunde für Kaffees, Gast- und Schankwirtschaften auf 12 Uhr, für den Sonnabend auf 1 Uhr fest.

In den drei Monaten Juni, Juli, August hat der Reichskohlenkommissar den Brauereien über 7 Millionen Zentner Kohlen zugewiesen.

Die Reichszuckerstelle hat nach einer Mitteilung des „Volksrecht" (Frankfurt-M.) vom 12. September den rheinpfälzischen Winzervereinen und Weinbaugenossenschaften 120 Eisenbahnwagen, das sind 24 000 Zentner Zucker, für 7,30 M. je Kilo zur Weinsüßung überlassen.

Nach dem „Korrespondenzblatt" der Gewerkschaften vom 15. Oktober ist ein Einfuhrkontingent für Rum und Arrak in Höhe von 500 000 Litern freigegeben worden.

Der Präsident der Reichsbranntweinmonopolverwaltung erklärte am 21. November im Reichstagsausschuß, daß für die Reklame zur Anpreisung des Monopolschnapses jährlich 1 250 000 Mark ausgegeben werden, und zwar 800 000 Mark für Zeitungsinserate, 250 000 Mark für Plakate, 200 000 Mark für Reklame in Straßenbahnen usw.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gestattet die Herstellung von Starkbier bis zur Höchstmenge von drei Prozent des Braurechtsfußes vom 24. November ab.

Wie lange werden die Regierten diese Verbrechen am Volkswohl noch dulden?! Dr. S. Drucker.

Schwarz-weiß-roter Unfug

Wir erhalten folgende Zuschrift: Am 1. Feiertag besuchte ich eine Abendvorstellung der „Stettiner Sänger" in den Reichshallen am Dönhoffplatz. Schon in Vorkriegszeiten waren dieselben „berühmt" durch ihren stark nationalistischen Einschlag. Deshalb wurden auch Freibillets in reichem Maße an die Gardereginenter verteilt.

Wer aber glaubt, daß durch die Revolution hier eine Aenderung eingetreten sei, irrt sich. Die schwarz-weiß-rote Fahne wird in unsäglichen Couplets verherrlicht und in den unmöglichsten Knittelversen werden die sozialistisch orientierten Arbeiter resp. Stadtverordneten bis zum Magistrat hinauf in geschmackloser Form angeödet. Der Höhepunkt wird jedoch erreicht in der sogenannten Humoreske „Piepers Diele". Da wird von einem Kabarettsänger ein Lied gesungen von dem „Karken Mann", der uns jetzt fehle. In einer „Vision" erscheint er dann: — — Bismarck in Kürassieruniform mit blankem Helm. Einige Geschmacklosigkeiten könnte man noch allenfalls hinnehmen, z. B. die Glossierung des Kellner- und Musikerstreiks, wenn nicht ein Gast in „Piepers Diele", der schon die siebente Pulle Sekt beim Kragen hat, sich als Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes vorstellen würde.

Arbeiterpublikum sollte deshalb, solange die „Stettiner Sänger" sich gegen die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft einstellen, deren Veranstaltungen meiden.

Groß-Berliner Invalidenhilfe

Der geschäftsführende Ausschuß der Groß-Berliner Invalidenhilfe, dem Vertreter aller Parteien angehören, erläßt folgenden Aufruf:

An die Gesamtbevölkerung der Stadtgemeinde Berlin!

Außerordentlich groß ist das Elend der Invaliden der Arbeit, Alten und Witwen, derjenigen, die einst rüstig und gesund ihrem Erwerb nachgingen und die nun infolge der ungeheuren Teuerung vor dem Nichts stehen, ohne zu wissen, wo sie die Mittel für ihr so bescheidenes Dasein hernehmen sollen. Alle diese Kreise leiden unsagbar und darf nicht tatenlos zugesehen werden, wie viele Mitbürger dahinsiechen und zugrunde gehen.

Zu der infolge der Finanznot leider **unzureichenden Hilfe von Reich und Stadt** muß jetzt die Hilfe derjenigen Bürger hinzukommen, die wirtschaftlich gut gestellt, gesund und erwerbstätig sind. Sie alle müssen zu einer Notaktion zugunsten der Invaliden, Witwen und Waisen zusammenstehen, um diesen Aermsten und Bedürftigsten unserer Stadt über die harte Winterzeit hinwegzuhelfen.

Um diese Menschenpflicht zu erfüllen, richten wir an die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins, ohne Unterschied der Partei, an die wirtschaftlich gut gestellten und die erwerbstätigen Kreise die herzliche Bitte, reichlich und bald zu geben.

Spenden werden erbeten unter: **„Groß-Berliner Invalidenhilfe" Postscheckkonto Nr. 120 000.** Ebenfalls werden Spenden von allen Berliner Groß-Banken, den Städtischen Sparkassen und Bezirksamtskassen entgegengenommen.

Leichenfund im Teltowkanal. Das Auffinden einer männlichen Leiche im Teltowkanal in der Nähe von Klein-Machnow, läßt nach den bisherigen Feststellungen auf einen Mord schließen. Es handelt sich um einen noch unbekannten Mann, dessen Körper völlig unbekleidet ist, der aber vom Halse an bis zu den Füßen herab Umschnürungen mit starkem Telephondraht aufweist. Neben dieser eigenartigen Umwicklung finden sich am Kopfe und an einzelnen Stellen des Körpers erhebliche Verletzungen deren Ursprung noch nicht genau festzustellen war. Die Angelegenheit, die nach Stahnsdorf hinüberspielt, beschäftigt bereits die Staatsanwaltschaft in Potsdam und den Amtsvorsteher in Klein-Machnow.

Der Botanische Garten und das Botanische Museum in Berlin-Dahlem sind am Neujahrstag geschlossen. Am Sonntag, den 8. Januar 1922 ist der Garten von 10 bis 4, das Museum von 11 bis 2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Proletarierjugend, Gruppe Nord-Ost (Christburger Straße). Sonntag, den 1. Januar, nachm. 2 Uhr, pünktlich, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eine Probe statt. Alle, die bei der Veranstaltung am 8. Januar mitwirken, müssen erscheinen. Sonntag, den 8. Januar, nachm. 6 Uhr, Unterhaltungsabend der S. P. J., Gruppe Nord-Ost, in der Aula der Königstädt. Oberrealschule, Pasteurstr. 44—46.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Etwas kälter, zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen und langsam abnehmenden nordwestlichen Winden.

Wie der Landbund den Terror bekämpft

Die deutschnationalen gelben Berufsverbände tagten am 13. und 14. November in Berlin. Auf der Tagesordnung stand unter anderm das Thema: „Wie bekämpfen wir den Terror?" Das Referat darüber hatte der Reichstagsabgeordnete Adams (Essen). Zur Vervollständigung seines Materials diene folgendes: Der Vorschnitter Gustav Leder auf Dominium Stolzenberg im Kreise Landsberg veröffentlichte in der dortigen Presse folgendes Erlebnis:

Ich, der Vorschnitter Leder, zur Zeit im Dominium Stolzenberg, hatte am eigenen Leibe gespürt, daß Worte und Taten dieser Leute (Brandenburgischer Landarbeiterbund) im schreienden Gegensatz stehen. Am Sonnabend, den 10. September, war im Kreise Stolzenberg ein Erntefest, an welchem auch der Kreisleiter des gelben Landarbeiterbundes, Herr Richard Warnstedt, teilnahm, um hier für seine Organisation Propaganda zu machen, da es wohl ziemlich schlecht mit dieser Organisation bestellt ist. Herr Warnstedt hielt hier eine politische Rede, die mit dem Liede schloß: Deutschland, Deutschland über alles ... Da eine gewisse Unruhe einsetzte, sagte ich Herrn Warnstedt, daß Politik doch nicht auf ein Erntefest paßt. Ich wurde von diesem nun angegriffen mit den Worten: „Welcher Partei gehörst du an?" Worauf ich antwortete: „Keiner!" Darauf ging ich austreten und wurde dann von diesem angeblichen Vertreter der Landarbeiter hinterlistig mit einem Schlagring niedergeschlagen, wobei ich einen Bruch des Nasenbeins und andere schwere Verletzungen im Gesicht erhalten habe. Ferner wurde ich, als ich schon ohne Besinnung war, noch mit Fußtritten bearbeitet. Wenn das die Agitation des Brandenburgischen Landarbeiterbundes ist, dann warne ich hiermit jedermann, sich dieser Organisation anzuschließen.

Gustav Leder, Vorschnitter in Stolzenberg.

Die Mitteilung ist, soweit wir feststellen konnten, bisher von keiner Seite bestritten worden, sie muß infolgedessen als den Tatsachen entsprechend angesehen werden.

•

Inzwischen hat dieser Vorfall sein gerichtliches Nachspiel gefunden. Leder erhielt wegen formaler Beleidigung eine Geldstrafe von 50 M., während der brutale Warnstedt 4 Wochen Gefängnis erhielt, die insbesondere mit Rücksicht darauf ausgesprochen wurden, daß er den bereits am Boden liegenden Leder noch weiter auf das gröblichste geschlagen hat.

Bauarbeiter!

Die Steinholzleger und -helfer von Groß-Berlin treten am 2. Januar 1922 in den Streik. Es ist streng darauf zu achten, daß keine Streikarbeit auf einer Baustelle gemacht wird; etwa vorkommende Fälle sind sofort der Streikleitung zu unterbreiten. — Deutscher Bauarbeiter-Verband, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Zimmer 58. — Die Sektionsleitung.

Ein rückständiger Unternehmer. Unter dieser Spitzmarke veröffentlichten wir in Nr. 501 eine Mitteilung der zuständigen Organisation über die Spritzgußfabrik Götze u. Jammer. Die

---

bessere Zukunft, auf eine Zukunft, die uns die Sonne des Glückes hell in die vom Elend der Zeit verdüsterten Gemächer fluten läßt.

Wir hoffen auf ein bißchen Glück. Wir hoffen auf ein wenig Liebe. Ob uns das neue Jahr beides bringen wird, wissen wir nicht. Aber wir hoffen und harren.

Denn in allem Elend ist schließlich die Hoffnung noch das einzige, was uns blieb. F. C.

„Annette" (Neues Theater am Zoo). „Ich will meinen Zeitgenossen einen Spiegel vorhalten," sprach ein lyrischer Literat namens Theodor Tagger zu sich, „ich will ihnen zeigen, wie das Hausmädchen Annette, weil sie schöne Waden hat, über Nacht eine steinreiche Frau wird, und wie eine reiche Geheimratsgattin zu einer Leiterin eines Hutgeschäfts herabsinkt."

Das Stückchen, das er darauf schrieb, wirkt wie eine Selbstpersiflage und schwebt zwischen vielen unnötigen Personen und Mätzchen, die aus ältesten Schwänken hergeholt sind. Doch gelingt dem Autor die Hauptperson nicht übel. Namentlich durch den ihr beigegebenen „höheren" Trieb, der sie in einen Komponisten auf ihre Weise sich verlieben läßt und sie während des Beethoven-Spiels ihres schüchternen, aber berechnenden Angebeteten unverzeihlich schwärmen macht. — Ungemein komisch durch Ida Wüsts Spiel. Außer der Annette ist nur noch der asthmatische Millionär Stumm Hans Fischers zu nennen, der in wenigen Zügen eine kleine Meisterleistung bietet.

Eine Dichtung ist das Stück nicht, eine Komödie nur zum geringsten Teil und ein Versprechen — vielleicht. A. N.

Noch mehr Lärm! Ein Herr in Libau hat einen Apparat erfunden, der es sofort durch ein lautes Tuten anzeigt, wenn ein Auto zu schnell fährt. Der Erfinder läßt von einem der Räder des Wagens eine kleine Luftpumpe treiben, die einen Windkessel mit Luft füllt. Ein Zeiger am Kessel gibt die Geschwindigkeit an. Wird nun die Grenze der zulässigen Schnelligkeit überschritten, so wirkt der Zeiger auf ein Ventil ein. Die Luft strömt aus und setzt eine Sirene in Tätigkeit. Und auf diese einfache Weise glaubt der Erfinder dem Autoschrecken steuern zu können. Wohl dem, der seinen Kinderglauben bewahrt!

Tages-Notizen

Erstaufführungen. Thalia-Theater: 3. Die Herren von und zu. — Moskauer Künstler-Theater (Deutsches Künstler-Theater): 3. Der Kirschgarten. 6. Nachtasyl. — Komödienhaus: 4. Karussell. — Trianon-Theater: 4. Liga. — Kammerspiele: 6. Anatol. — Kleines Schauspielhaus: 6. Die Mütter. — Schloßpark-Theater Steglitz: 6. Scheiterhaufen. Paria. — Jüdisches Künstler-Theater: 7. Der Dorfjunge.

Staatsoper. Jadlowker wird in der kommenden Woche Dienstag als Faust und Donnerstag als Alfredo in der „Traviata" auftreten.

Eine neue Theatergesellschaft. Unter dem Titel „Heute und Morgen (Gesellschaft für das zeitgenössische Theater)" hat sich eine Gemeinschaft gegründet, die bisher nicht oder wenig gespielte deutsche Bühnendichtungen aufführen will. — In den Vorstand wurden gewählt: Dr. Max Pochdorf, Karlsbad, Berlin, Dr. Hans J. Rehfisch. — Als erstes Stück wird im Laufe des Januars „Der Turm" von Werner Hirsch aufgeführt. Geschäftsstelle W 50, Fürther Str. 18.

Firma beehrt uns nun mit einer Berichtigung folgenden Inhalts: 1. Es ist unwahr, daß bei der Firma Götze u. Jammer, Spritzgußfabrik, zu Berlin N., Fehrbelliner Str. 45, Arbeiterinnen im Alter von 14—20 Jahren zu einem Stundenlohn von 1,40 bis 2 M. beschäftigt sind. Wahr ist vielmehr, daß bei der Firma der niedrigste Durchschnittslohn für Arbeiterinnen unter 18 Jahren 2,95 bis 3,30 M. pro Stunde beträgt. 2. Es ist zwar richtig, daß in dem Betriebe kein Betriebsrat besteht. Die Tatsache beruht jedoch darauf, daß die Belegschaft trotz mehrischer Aufforderung der Firma, einen Betriebsrat zu wählen, dies abgelehnt hat, mit dem Bemerken, daß niemand vom Personal dieses Amt übernehmen wolle und bei der geringen Zahl der Arbeiterschaft auch keinen Betriebsrat brauche, zumal der größte Teil des Personals schon über 10 Jahre bei der Firma tätig ist und mit ihr gut ausgekommen sei. 3. Es ist unwahr, daß die meisten Arbeiterinnen die Arbeit aufgegeben haben. Ueber die Hälfte sind vielmehr nach wie vor bei der Firma tätig.

•

Dazu erklärt uns der Verband, daß zur Zeit der Recherche die angegebenen Löhne bezahlt und erst nach Einschreiten des Verbandsfunktionärs „erhöht" wurden, die aber immer noch unter dem Tarif stehen. In einer am 30. 12. stattgefundenen Betriebsversammlung, in der fast alle Beschäftigten anwesend waren wurde festgestellt, daß nur ein einziger Kollege über 10 Jahre beschäftigt ist und von einer Aufforderung der Firma, einen Betriebsrat zu wählen, nichts bekannt ist. Der frühere Betriebsrat wurde entlassen und die Firma zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt. Weiter wurde festgestellt, daß von 30 Arbeiterinnen nur noch 9 bei der Firma beschäftigt sind. — Demnach bleibt nur noch die Frage übrig, was die Firma eigentlich berichtigt?

Generalversammlung der Maschinisten und Heizer. Die Generalversammlung der Maschinisten und Heizer am 30. Dezember in der Neuen Philharmonie wählte nach einem kurzen Bericht der Revisoren und Beschwerdekommission als zweiten Vorsitzenden: W. Müller-Spandau, als Schriftführer: Jahn, als Revisoren Noack, Müller, Freund und für die Beschwerdekommission: Bohne, Loske, Steinkraus, Appelt, Stunz. In längerer Aussprache wurde die Art der Statutenberatung auf dem Verbandstage und der Beschluß, daß der erste Vorsitzende durch die Gewerkschaftsangestellten gewählt werden soll, heftig kritisiert. Reinefeld wies darauf hin, daß ein festerer Zusammenschluß in den Fachgruppen nötig sei und daß sich der Verband für die bevorstehenden Kämpfe stärken und bereithalten muß. Ein Antrag, bei dem A. D. G. B. die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses zu beantragen, fand einstimmig Annahme. Am 15. Januar beginnt der erste Kursus der Heizerschule unter Mitwirkung der Verbandsvertreter, und empfiehlt Reinefeld den Besuch.

Maß- und Reparaturschuhmacher. Unserer Kollegenschaft zur Kenntnis geben wir hiermit die vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin (am 29. Dezember) gefällten Schiedssprüche auszugsweise bekannt: Als Mindeststundenlohn in mechanischen Betrieben für männliche Arbeiter 10,50 M., weibliche Arbeiter 8,25 M., in anderen Betrieben männliche Arbeiter 9,50 M., weibliche Arbeiter 7,50 M. Die gegenwärtige Teuerungszulage ist laut Schiedsspruch auf 166 Prozent bei Neuarbeiten und 156 Prozent bei Reparaturen erhöht worden. In einer am Mittwoch, den 4. Januar stattfindenden außerordentlichen Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24-25, Saal 1, wird Stellung zum Schiedsspruch genommen, zuvor finden am Montag, den 2. Januar, die Bezirksversammlungen für Groß-Berlin statt (siehe Vereinskalender). Wir rufen unsere Kollegenschaft auf, zu diesen Versammlungen restlos zu erscheinen und rege Propaganda zu betreiben. — Die Ortsverwaltung.

A. E. G.-Hennigsdorf. Wegen Differenzen in der A. E. G.-Hennigsdorf sind gestern ungefähr 350 Dreher und Dreherinnen und Rundschleifer entlassen worden. Zusammenkunft aller in unserem Versammlungslokal Putbuser-, Ecke Ramler Straße bei Volkmann am Montag, vorm. 10 Uhr. — Die Streikleitung.

Vereinskalender

Sonntag, 1. Januar

Freireligiöse Gemeinde. Vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. Hermann Hasse: Selig sind die Respektlosen. Harmonium: Der Freischütz (Weber). — Pappel-Allee 15: Vorm. 11 Uhr Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: Die Wiedertäufer von Münster. Gäste willkommen.

Montag, 2. Januar

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 7 Uhr Bezirksversammlungen der Schuh- und Reparaturbranche in folgenden Lokalen: Charlottenburg: Uferstr. Kantstr. 62. Steglitz: Berufsvereinshaus, I. Wedding: Wiemers, Bülowstr. 32. Neukölln: Ahlburg, Zirkenstr. 38. Südosten: Lokal Stellerstr. 56c. Osten: Hoffmann, Gubener Str. 5. Norden: Dinse, Uferstr. 18. Moabit: Marx, Oldenburger Str. 10.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lisbschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kuhner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Inventur

Verkauf ab Montag, 2. Januar

Einige Beispiele der unglaublich billigen Preise

Ueberbluse gestrickt, reine Wolle 39.–
Bluse Waschflanell, offen und geschlossen 69.–
Bluse reinwollene Flanellstreifen . . 128.–
Strumpf Baumwolle 5.75
Strumpf Baumwollflor, schwarz, braun, grau, doppelte Sohle und Hacken 12.75

Kleid reinwollener Trikot 248.–
Kleid reinwollener Gabardine . . 595.–
Kostüm reinwollener Cheviot auf Seide 595.–
Mäntel reinwollener Flausch . . 395.–
Mäntel reinwollenes Tuch Eskimo . . 695.–

Restposten

Kleider	Blusen	Röcke
Wolle	Rein Seide	Wolle
148.- 225.- 350.-	95.- 135.- 195.-	25.- 33.- 69.-

H. LANDSHEIM

Bahnen: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 15, 18, 21, 23, 24, 114, G, L, Q, W — Autobus 11

Turmstr. 30a, Ecke Wilhelmshavener Straße

Soeben erschienen!

Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der **Erwerbslosen und Kurzarbeitern** zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von **Rudolf Weck**
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.
Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e·G·m·b·H
Berlin C2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto Stellengesuche: Überschriftswort 1.50, jed. weitere Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Kreuzfüchse 100.—! Maskatfüchse! Rotelfüchse! Silberfüchse! Skunks! Opossum! Herrenkragen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Riesen-Weihnachtsverkauf zu erstaunlichen Spottpreisen! (Keine Versatzware). Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahn-Hochbahnhof Nordring) (Fahrnerstattung).

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Str. 20.

Halbumjunst Kreuzfüchse, Rotfüchse, Rotelfüchse, Maskatfüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzversand Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Anzüge, Schlüpfer, Blüser, elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse 175 — 1200. Riesenauswahl in allen Artikeln und Preislagen. Reiner Lombardware. Leihhaus Boxhagener Str. 47, Lichtenberg.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren wegen vorgerückter Saison jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten spottbilligen Räumungspreisen! Keine Versatzwaren! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Musikfreunde kaufen billigst. (Reparaturen fachmännisch.) „Lyra", Schwedter Str. 254.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3 M. (Portoersatz.) Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Möbel

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preisw. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 Schönhauser Tor.

Sofaumbau 1075.—, Chaiselongues 325.— bis 975.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 190.—. Walter, Stargarder Str. achtzehn.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, la Lackfarbe, herrl. Verglasung, 675.-, Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2800 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Chaiselongues 190.-, Chaiselongue-Decke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettbett. Meiche, Augustinstraße 22a. Lingh.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Magnete, Bergeier, Zündkerzen kauft Pilz, Weinböhlerstr. 93, Hofpart. links.

Schnelldrehstahl, Spiralbohrer, Feilen, Schmiergeleinen, Kugellager, Sägeblätter kauft Becker, Strausberger Straße 44.

Geld-Verkehr

Geld für jede Wertsache, Pfandscheine, Rückkaufsrecht. Lombard, Jostystr. 8.

Fahrräder

Fahrradankauf, Elsenstr. 19.

Fahrräder! Riesenauswahl, Tourenräder, Halbrenner, Damenräder, Schlawe, Weinmeisterstraße Bier.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Bockscher, Gertraudtenstr. 15. Zentrum 7600.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Brosch. oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Arbeitsmarkt

Botenfrauen bei hohen Löhnen verlangt sofort Spedition Jordan, Dresdener Straße 24.

Grosser Inventur-Räumungs-Ausverkauf!

Besichtigen Sie meine Schaufenster- und Innen-Auslagen!

in der Konfitüren-Abteilung: Mignon-Schokolade Tafel 100 Gramm 4.30

Beginn Montag, den 2. Januar 1922

Besondere Merkmale dieser Veranstaltung: Verkauf von Restbeständen erstklassiger Qualitäten in allen Abteilungen zu wirklich ausserordentlich billigen Preisen, da diese Waren z. T. noch aus frühzeitigen, billigen Einkäufen herrühren

Wilh. Herm. Lesser Berlin-Schöneberg Kolonnenstr. 10-11 Ecke Sedanstrasse.